

Die Ausdehnung der Veteranenbeihilfen auf Nichtkombattanten.

Die Ausdehnung der Anwartschaft auf Veteranenbeihilfen auf Nichtkombattanten, die im eigenen oder verbündeten Lande auf dem Kriegsschauplatz Verwendung gefunden haben, kann in Aussicht gestellt werden, da die Reichsregierung den entsprechenden Wünschen wohlwollend gegenübersteht. Die Frage, ob zu diesem Zweck eine besondere Novelle zu dem letzten Gesetz über Gewährung von Veteranenbeihilfen notwendig ist, ist noch nicht entschieden. Es dürfte aber voraussichtlich möglich sein, daß die Beihilfen durch Inanspruchnahme eines vorhandenen Dispositionsfonds aufgebracht werden. Es handelt sich im ganzen um ca. 2000 Veteranen, die als Kombattanten hierfür in Betracht kommen.

Eine erneute Erhöhung der Veteranenbeihilfen von 150 auf 180 Mark, die im Reichstage gewünscht wurde, dürfte sich aber nicht ermöglichen lassen, da die Finanzlage des Reiches dies nicht zuläßt. So ist eine Erhöhung des Veteranenfonds, der jetzt 39 Millionen beträgt, nicht zu erwarten, da diese Summe genügen dürfte, um alle Ansprüche zu decken. Nach den bisherigen Erfahrungen muß mit einem erheblichen Abgange bei den Veteranen gerechnet werden. Dieser betrug im Rechnungsjahr 1913 20000 Personen. Wenn trotz dieses nennenswerten Abganges die Zahl der gewährten Beihilfen nicht gesunken ist, so spricht dies für die weitestgehende Handhabung der Grundsätze für die Gewährung der Beihilfen. Für Kriegsteilnehmerbeihilfen kommen im ganzen zurzeit rund 84000 Personen in Frage, wobei zu bemerken ist, daß 84000 entweder durch die Bezüge nach den Bestimmungen der Versorgungsgeetze abgefunden sind oder aber Geldunterstützungen beziehen, die auf Grund des Kaiserlichen Erlasses vom Jahre 1884 gewährt werden. Nach der letzten Statistik, die vor kurzem abgeschlossen wurde, haben 76 Prozent aller Kriegsteilnehmer, die für Beihilfen in Betracht kommen, solche bezogen. Zu diesen würden eventuell die 2000 Veteranen hinzukommen, die als Nichtkombattanten Beihilfen erhalten sollen. Daß eine wesentliche Steigerung in der Gewährung von Veteranenbeihilfen eingetreten ist, geht daraus hervor, daß nach der vorletzten Statistik ca. 400000 Feldzugsteilnehmer vorhanden waren, von denen in Preußen etwa die Hälfte Beihilfen erhielten, während sich im Reich ihre Zahl auf ca. 245000 belieferte. Es waren demnach nur 67 Prozent zum Bezuge der Beihilfe anerkannt.

Politische Tageschau.

Aue, 23. Juni.

Teilung des Reichsamts des Innern?

In politischen Kreisen soll der Meinung eines Berliner Blattes zufolge neuerlich von der Notwendigkeit gesprochen werden, eine Teilung des mit Arbeitsstoff überlasteten Reichsamts des Innern vorzunehmen und ein eigenes Reichsamt für Sozialpolitik zu schaffen. Die Erörterungen hierüber haben schon vor mehreren Jahren eingeleitet. Als Graf Tschadowsky aus dem Amte schied, ist die Frage ventiliert worden, insofern das über alles Erwartete angewachsene Arbeitsstoffes aus Zweckmäßigkeitsgründen das Reichsamt des Innern zu teilen. Soweit wir unterrichtet sind, hat sich aber damals Staatssekretär Dr. Desbrück diesem Plan entschieden widerzusetzt, dessen Durchführung naturgemäß auch gleichzeitig eine Teilung und Herabminderung seines Machtbereiches bringen würde. Gewiß hat sich das Reichsamt des Innern auch in den letzten Jahren ständig vergrößert. Die Anforderungen an die Arbeitskraft seines Leiters sind demnach gewachsen, daß selbst ein so tüchtiger Arbeiter wie Staatssekretär Dr. Desbrück sich auf ärztliches Anraten genötigt gesehen hat, einen Urlaub von vier Monaten anzutreten. Aus dieser Tatsache aber die Folgerung zu ziehen, daß sich die Teilung nun nicht mehr vermeiden lassen, scheint uns verfrüht. Solange Herr Desbrück die Zügel noch in der Hand hat, wird daraus kaum etwas werden und da noch jüngst den Gerüchten vom Rücktritt dieses verdienstvollen Staatssekretärs ein promptes

Dementi folgte, wird die Verwirklichung dieses Planes zweifellos einer ferneren Zukunft vorbehalten sein.

Die Kostendeckung.

Die französischen Kammern haben einer 800 Millionen-anleihe zugestimmt, die zur Deckung der gewaltigen Kosten der letzten Boerenschlacht nötig wurde. Früher pflegte man wohl jenseits der Vogesen mitteldeutig auf die Deutschen herabzusehen, die wohl Soldaten hätten, die sich aber das Geld erst mühsam zusammenpumpen müßten, um sie zu bezahlen. Und die finanzielle Kriegsbereitschaft oder vielmehr Nichtbereitschaft Deutschlands spielte noch während der Marokkotrife des Jahres 1911 eine sehr wichtige Rolle, auch in den Berechnungen ernsthafter französischer Politiker. Die glatte Erhebung des Verbrauchs hat ja nun diese Berechnungen ziemlich verstimmt lassen. Deutschland hat sich als stark genug erwiesen, auch das Milliardenopfer zu bringen. Aber Frankreich, — der Balkan Europas weiß kein anderes Mittel, die Kosten des Dreijährigen Krieges aufzubringen, als einen Riesensumpf anzulegen. Wohl trat die Sozialisten für eine Verbrauchssteuer nach dem deutschen Muster ein, aber dieser Antrag fand keine Gegenliebe.

Gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten der Stadt Aue.

Zur Fortsetzung der Steuerberatung hatten sich gestern vom Rate 8 und von den Stadtverordneten 20 Mitglieder eingefunden. Die letzte Sitzung am Donnerstag, den 18. Juni hatte das Einkommensteuergesetz verabschiedet bis auf die Staffel. Die Beschlüßfassung darüber war ausgefallen worden. Herr Bürgermeister Hofmann erklärte nochmals die Notwendigkeit einer Staffelform, wie sie in seiner Vorlage vorgelegen sei. Da aber zu letzten Sitzung Wünsche laut geworden waren, die Einkommen von 950 A bis 2650 A in der Staffelform niedriger zu halten, so hatte er eine neue Staffelform den Mitgliedern der Kollegien vorgelegt. Sie lautet wie folgt: Der erste Satz und die ersten vier Paragraphen des Einkommensteuergesetzes schreiben vor, daß vom Einkommen bis zu 3100 A für die im Alter von 6 bis 14 Jahren je 50 A vom Einkommen abzuziehen sind. Der Antrag lautet: Nach ihm sollen für jedes Kind (auch unter 6 Jahren) bis zum erfüllten 14. Jahre bei Einkommen bis zu 250 A 100 A pro Kind abgezogen werden. Die eingehende Debatte über die Staffel bewegte sich hin und her. Herr Bogler will den Staatssteuertarif eingeführt wissen, da er für die unteren Klassen der günstigste sei. Er hält nicht viel von dem sogenannten Kinderparagrafen, weil er in vielen Fällen gar nicht zur Wirkung komme, da die Ermäßigung des Einkommens oft keine Klassenherabsetzung zur Folge hat. Herr Haufe empfiehlt seinen Antrag und ist für Annahme der ersten Staffelform. Herr Bürgermeister Hofmann erklärt in längeren Ausführungen die Unmöglichkeit die Einführung der Staatssteuertarif. Wenn Leipzig sich das leisten, wie Herr Bogler erwähnte, so ist das kein Wunder, denn diese Stadt sei eine der reichsten im Reich. In Aue müßten dann ca. 38% Zuschlag erhoben werden. Bei der Veranlagung zu den Gemeindesteuern ist außer der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler noch das Interesse zu berücksichtigen, das die Einwohner an der Gemeindefürsorge haben. Und das ist bei weitem größer als das Interesse an den Staatseinkünften. Die kleineren Leute, besonders die mit größerer Familie kosten der Gemeinde viel mehr als dem Staat. Der Antrag Haufe sei gut gemeint, aber wohl kaum zulässig da er eine ganz andere, über die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes hinausgehende Veranlagung zur Folge haben würde. In Aue würde der geforderte Zuschlag den Einkommensteuern wohl zur Wirkung kommen, da die Steuerkommission die Staatssteuertarife bei den niederen und mittleren Einkommen geteilt hat. Diese Teilung sei übrigens überhaupt eine Verbesserung des Tarifs. Herr Kommerzienrat Gantenberg führt aus, daß früher die niederen Einkommen wesentlich höher veranlagt

wurden seien. Es sei immer besser geworden, weil die Zahl der hohen Steuerzahler sich vermehrt habe. Die Einführung des Staatssteuertarifs sei unmöglich, da dann so hohe Zuschläge erhoben werden müßten, daß diese Veranlagung dann nach außen hin ein schlechtes Licht werfe. Sodann folgten die Abstimmungen. Der Antrag Bogler, die Staatssteuertarif einzuführen, wird gegen 7 Stimmen bei den Stadtverordneten, bei dem Stadtrat einstimmig abgelehnt. Danach bringt Herr Bogler einen Abänderungsvorschlag und Antrag zur Staffelform des Herrn Bürgermeisters ein. Dieser erleichtert die Veranlagung der Einkommen von 950 A bis 2650 A und deckt sich mit der neuen Vorlage des Herrn Bürgermeisters ungefähr, nur läßt er bezüglich der Einkommen über 2650 A den ersten Staffelforschlag des Herrn Bürgermeisters bestehen. Zunächst wird dann über den ersten Staffelforschlag des Herrn Bürgermeisters abgestimmt. Dieser wird bei den Stadtverordneten gegen 7, bei dem Stadtrat einstimmig angenommen. Damit sind die weiteren Anträge gefallen. Nacheinander kommt der Antrag Haufe zur Debatte. Da das Kollegium erst die Wirkung des Antrags überblicken möchte, entschloß man sich zu einer Vertagung der Abstimmung über den Antrag. Man war in beiden Kollegien geneigt, dem Kinderreichen Familien so sehr wie irgendmöglich die Steuerzahlung zu erleichtern, doch über den Weg war man sich nicht einig. Ein beachtenswerter Vorschlag wurde von verschiedenen Seiten gemacht. Er ging dahin, vom Steuerbetrag bestimmte, mit der Zahl der Kinder steigende Prozentsätze nachzulassen. Der nächsten Sitzung soll auf Antrag des Herrn Selbmann Sozialmaterial vorgelegt werden, daraufhin soll dann die Abstimmung erfolgen. Es folgte nunmehr die Beratung der Grundsteuer. Herr Bürgermeister erläuterte den Entwurf und gibt bekannt, daß die Steuerkommission sich für die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert entschieden hat. Es seien drei Möglichkeiten für die Steuererhebung vorhanden gewesen. Einmal die Veranlagung auf Grund der Staatsgrundsicherung, dann die Erhebung nach dem Ertrag der Grundstücke und endlich die Veranlagung nach dem gemeinen Wert. Der erste Weg müsse ausbleiben, da ungerichte Resultate erscheinen würden, denn die Einschätzung sei bei der Staatsgrundsteuer mitunter sehr alt und deshalb von neueren Einschätzungen recht verschieden. Für Aue sei der vorgeschlagene Weg der richtige. Man käme mit dieser Grundsteuer auf den erforderlichen Betrag, ohne die Höhe der bisherigen Grundsteuer bei bebauten Grundstücken wesentlich zu verändern. Der Brandflächenwert der Grundstücke in Aue sei 30 Millionen Mark, der Wert der Bauplätze, die bebaut sind, betrage 6 1/2 Millionen Mark, der der nicht bebauten Plätze 1 1/2 Millionen Mark. Es liegen zwei Eingaben vor, eine von der Ortsgruppe Aue des Bundes der Bodenreformer, die andere vom Hausbesitzerverein. Die erstere Eingabe bezweckt die Einführung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert (wie die Vorlage ist), die andere will eine Grundsteuer nach dem Ertragswert. Nachdem Herr Bürgermeister Hofmann noch ausführlich die Unterschiede dieser Werte gekennzeichnet und dann das ganze Gesetz nach seinem wesentlichen Inhalte vorgetragen hatte, wurde abgestimmt. Die Grundsteuerordnung wurde in beiden Kollegien einstimmig angenommen. Dann kam die Besitzwechselabgabenordnung zur Beratung. Diese neue Vorlage läßt im wesentlichen alles beim Alten. Von bebauten Grundstücken sollen 1%, von unbebauten Grundstücken 2% Besitzwechselabgabe erhoben werden. Ein Antrag des Herrn Selbmann wollte die Bestimmung beseitigen, wonach bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die vornehmlich sich mit Grundstücks- und Verkaufsgeschäften befassen, bei jeder Anteilsübertragung immer wieder für den Betrag des Anteils, der den Besitzer gewechselt hat, die Besitzwechselabgabe zu bezahlen ist. Der Antrag fand aber keine Zustimmung, sondern wurde von beiden Kollegien abgelehnt. Schließlich wurde auch diese Steuerordnung einstimmig von beiden Kollegien angenommen. Weiter kam dann das Ortsgesetz über die Wertzuwachssteuer zur Beratung. Es ist sehr kurz und sagt nur, daß auf den bis jetzt der Stadtgemeinde zugeflossenen Anteil von 40% der Wertzuwachssteuer

reichenden Schutz erklärte. Jedoch hallte sich über dem guten Herrn Kandidaten inzwischen ein ganz andersartiges Gewitter zusammen, von dem er wahrscheinlich nichts ahnte. Und dieses brauten zwei Damen, die es herzlich gut meinten. Da war nämlich seit dem vorletzten Sommer eine neue bescheidene Pensionärin aufgetaucht, die sich still für sich hielt und beständig mit Häkelarbeiten beschäftigt war. Das ziemlich angejahrte, blaße Gesicht hieß Maria Schulz und war von Beruf Telefonistin. Hier oben sollte sie sich von ihren amtlichen Anstrengungen erholen und für kommende Pflichten stärken. Gerade durch ihre Zurückhaltung gewann sie aller Sympathie und die unerbittliche Protektion der Frau Major und Frau Rat. Beide zerbrosen sich den Kopf, wie sie die kleine Schulz recht empfinden könnten; denn sie hatten die feste Überzeugung, daß ihr schwächlicher Körper den beruflichen Lasten nicht gewachsen wäre. Lungen- oder Kehlkopfentzündung waren die sicheren Prognosen, die man ihr, ihrer etwas rauhen Sprache wegen, voraussetzte.

Eines Tages hatten die beiden Patronessen, man höre und staune, den Gewittersturm auf der gleichen Wank mit Fräulein Schulz, die friedlich häkelte, angetroffen. Sie hatten, sich eifrig unterhaltend, die Vorübergehenden gar nicht bemerkt und ihnen dadurch die Anregung zu einem Schlagplan gegeben. Der Kandidat muß die kleine Telefonistin heiraten, dann ist beiden geholfen! Im Alter und Glauben packten sie zusammen. Warum sollte also der einsame Junggeselle nicht das abgekehrte, alleinstehende Mädchen in seine hübsche Wohnung führen und sich wie ihr ein glückliches Heim schaffen? Die Herren sahen über den verdrehten Plan und schienen die Mitwirkung ab. Die Damen begannen mit der Vorarbeit. Dem Kandidaten wurden die Schreie des Junggesellenbafels, die ewigen Winter und alle schlechten Eigenschaften seiner Wirtin Kathrein lobhaft vor Augen geführt. Er lächelte gutmütig und meinte nur: Oh ja, oh ja! Dann wieder wurden ihm alle Freuden des Ehestandes ausgemalt.

Der Erfolg war der gleiche. Er sagte nur: Oh gar, oh ja! Zuletzt begann man Fräulein Schulz vor ihm zu räumen, dichtete dem bescheidenen Kleinen Wägen immer neue Tugenden an und erklärte es für blühend, tüchtig, lieb. Worauf er meckerte: Freilich, freilich! sagte. Am Abend kam der erste Vorstoß. Die Frau Major sagte ganz direkt: Wissen Sie, Onkelchen, die kleine Schulz wäre glücklich, und Sie sollten sie heiraten, das wäre eine passende Frau für Sie! — Der Kandidat war schlecht gewöhnt. Er weiterleuchtete gerade, und der Heiratskandidat entschloß sich. Selbstredend begann auch die taktische Vorarbeit der blauen Telefonistin mit Hochdruck, und mit ihrem launigen Wägen löschte sie widerspruchlos den paradoxen Schilderungen, so daß die Heiratskandidaten von dem sicheren Erfolge ihrer Mission überzeugt waren. Jedoch so häufig man die Ehepartneren beieinander traf und zusammenbrachte, der Erfolg blieb aus. Es kam zu keiner Verlobung! — Nach vierzehn Tagen erklärte die energische Frau Major, daß sie das Gezeche nicht mehr ertrage und dem langweiligen Peder jetzt zu einem Entschlusse verhoffen wolle. Das Wie sei ihr noch nicht klar, das käme von selber, wenn sie ihm gegenüberkäme. So begab sie sich, eifrig in seine Wohnung. Man sah Kathrein die Worte öffnen und sie hinter der Tür verschwinden. Sehr neugierig auf das Resultat dehnten die übrigen Schloßbesitzer ihr Naseinstücken im Freien aus. Die Damen machten Handarbeiten, die Herren debattierten, als sich die Flügel der Glashaleten plötzlich öffneten. Heraus auf die Terasse traten drei Beutchen: eine alte Dame, ein älterer, hagerer Mann in der unmodernen Tracht eines Landpostboten, und an seinem Arme hing — sehr rot — sehr verblüht, aber sehr glücklich — die kleine Telefonistin Maria Schulz. Zuerst starrte die Gesellschaft wie versteinert den Kandidaten entgegen. Dann lächelte der Herr ein wenig und legitimiert sich als der Herr Grotzsch, der Verlobte der Maria Schulz. In der nachfolgenden Unterhaltung stellte es sich heraus, daß er nach langer, langer Warte-

zeit endlich eine Niarre erhalten habe und nun die fett fröhliche Jugend anverlobte Cousine heiraten könnte und werde. Man überließ dem Trio schließlich Kaffeetafel und schöne Aussicht und entfernte sich halb vertagen. Auf dem Schloßhof standen die Besuchenden erst verblüht, tauchten wieder und plötzlich kam ihnen die Komik der Situation zu Bewußtsein. Die Redereien der Herren entsetzten wahre Wüstlinge. Nur Frau Rat blieb ernst und bedenklich. Der arme Kandidat, meinte sie flüsternd, wenn er sie nun lieb gewonnen hat und die Frau Major als Freierwerber abschießt. Was dann? Ja, was dann?

Die Antwort sollte den Herren bald werden. Aus den geöffneten Fenstern der Kandidatenwohnung erklang plötzlich lauter Stimmwechsel, der bald in furchtbares Geschrei ausartete. Das heißt, man hörte nur eine leisende, sich überrollende Frauenstimme in kaum verständlichem Dialekt brüllen. Wie noch jemand der entsetzt Ausschanden sich äußern konnte, wurde die in den Hof führenden Worte aufgerissen. Sehr bleich und gekränkt erschien die Frau Major im Rahmen. Hinter ihr tauchte Kathrein auf, die Arme in die Hüften geklärt, blaurot vor Zorn. Und gellend rief sie: Na, a so was! Da bleibt es mir sei vom Weibel! Wir wollen es nit. I scho gar nit, — und der Herr Herzog nit, — und er selber a nit. Und wenn der Herr Kandidat oan Wihabeller braucht, ha, woherzu sein denn i da, ha? Damit flog die Tür knallend zu. Die arme Heiratsvermittlerin hand ganz betäubt und lächelte ihren Freunden mühsam mit blauen Lippen zu. Diese nahmen sie trübend in die Mitte und führten sie beschwichtigend nach dem herrlichen Wald, wo sie ihr die neueste Verlobung auf dem Schloße vergnügt mitteilten. Am Abend aber trüppelte das gute Gewittergeföh so harmlos fallig wie nur je aus seiner Draußenheraus. Schließlich fehlte ihm ja auch nichts; denn wenn selbst keine Wirtin und die mächtige Hombrille vertragen, blieb ihm ja gegen die Gewittersturm noch eine letzte Zuflucht — sein Wihabeller: Dame Kathrein! Sie hatte es ja selbst gesagt!